

Tischvorlage für die Pressekonferenz vom 06.03.2018

FREIE WÄHLER: Straßenausbaubeiträge abschaffen!

Kernpunkte der Gesetzesinitiative zur Änderungen des Kommunalabgabengesetzes und des Finanzausgleichsgesetzes:

- **Beitragsbescheide für den Straßenausbau, die ab 1. Januar 2014 bekanntgegeben wurden, müssen vom Bürger nicht mehr bezahlt werden** und werden ihm von der Stadt/Gemeinde rückerstattet. Der Freistaat ersetzt den Kommunen diese Beiträge. Ältere Maßnahmen bleiben unberührt.
- **Ab 1.1.2018 gilt für alle Städte und Gemeinden – egal ob sie bisher eine Straßenausbaubeitragssatzung hatten oder nicht – eine neue Regelung.** Alle Ausbaumaßnahmen, die nach diesem Stichtag abgeschlossen werden, erhalten einen Zuschuss aus einem staatlichen Fördertopf, der den Sätzen der Mustersatzung entspricht.
- **25 Jahre nach der technischen Herstellung einer Straße soll mit dem Bürger nicht mehr als die Ersterschließung abgerechnet werden können.** Diese Verjährungsfrist gilt derzeit ab 1. April 2021. Künftig soll das bereits ab 1. Januar 2018 gelten, um Rechtsunsicherheiten zu beenden.
- Der Freistaat Bayern legt hierfür einen **Fördertopf von zunächst 150 Millionen Euro jährlich** auf.

Pressekontakt:

Der Pressesprecher der **FREIE WÄHLER LANDTAGSFRAKTION** im Bayerischen Landtag
Dirk Oberjasper, Maximilianeum, 81627 München
Tel.: +49 (0) 89 / 41 26 – 29 41, Dirk.Oberjasper@FW-Landtag.de